Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 16 (1936-1937)
Heft: 9

Artikel: Die Wirtschaftslage im Volksfrontfrankreich
Autor: Scheffler, Paul
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-332790

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

öffnen. Dieser Aufklärungskampf muß mit der unzerstörbaren Zuversicht geführt werden, die das Bewußtsein, der höchsten Menschenpflicht zu dienen, einflößt, aber unbedingt jeden unbegründeten Optimismus und jede vorzeitige Schönfärberei vermeiden.

Die Wirtschaftslage im Volksfrontfrankreich

Von Paul Scheffler.

Der Sieg, den die Arbeiterschaft in den Junikämpfen, unterstützt von der Volksfrontregierung, über das Kapital davongetragen hatte, war so groß gewesen, daß der Kapitalismus, sobald die erste Ueberraschungswirkung vergangen war, darauf sann, der Arbeiterschaft das Errungene wieder abzunehmen. Das Großkapital, dessen Organisierung hier früher geschildert wurde[1], wußte, daß es zunächst unmöglich war, den fünf Millionen organisierten Gewerkschaftsmitgliedern die sozialen Eroberungen streitig zu machen. Darum versuchte es, der Regierung, deren parlamentarische Position nach wie vor stärker ist als die irgendeiner andern Regierung der Dritten Republik, auf dem wirtschaftlichen Gebiete alle nur erdenklichen Schwierigkeiten zu machen. Würde die Regierung mit ihrer Wirtschaftspolitik Schiffbruch erleiden, so hoffte das Industrie- und Finanzkapital, werde es ein leichtes sein, die Regierung bei den werktätigen Massen unmöglich zu machen und den Arbeitern dann, wenn sie die Stütze in der Regierung verloren hätten, ohne Schwierigkeiten die ersehnte Niederlage beizubringen.

Um die Finanzpanik zu erzeugen, organisierte man zunächst die Kapitalflucht in großem Umfang. Es ist dargelegt worden[2], daß man bei der Devalvation des französischen Frankens hatte hoffen können, es würden rund 20 Milliarden Gold aus dem Auslande zurückfließen, die innere Thesaurierung würde aufhören, man könne also damit rechnen, daß der Franc zu rund 90 Prozent Golddeckung habe. Dies würde natürlich eine außerordentlich sichere Basis auch für den Staatshaushalt ergeben haben. Eine solche Entwicklung lag daher zwar im Interesse der französischen Wirtschaft, nicht aber in dem des französischen Großkapitals. Soweit nach der Abwertung überhaupt Gold zurückgeflossen war, setzte schon nach kurzer Zeit eine rückläufige Bewegung wieder ein. Besonders im Monat Februar müssen die Goldverluste mehrere Milliarden Franken betragen haben. Gleichzeitig versuchte man unter den Rentnern und Sparern durch wilde Gerüchte eine ständige Panik zu erzeugen und erreichte auch tatsächlich, daß bis zu der bekannten Erklärung Léon Blums und der Auflegung der neuen Wehranleihe die Lage am Kapitalmarkt so schwierig war, daß umfangreiche Anleihen nur sehr stockend gezeichnet wurden.

Gleichzeitig hat sich die mit der Abwertung verknüpfte Preissteige-

---

[1] Vgl. »Rote Revue«, 15. Jahrgang, Nr. 10.
[2] Vgl. »Rote Revue«, 16. Jahrgang, Nr. 3.

rung gerade in Frankreich derart stark ausgewirkt wie in keinem andern Lande, selbst nicht in der Schweiz. Es ist zwar richtig, daß in Frankreich eine Preissteigerung aus mehrfachen Gründen unvermeidlich war; denn hier wirkten ja noch neben der Abwertung als preissteigernde Faktoren die sozialen Gesetze und die Erhöhung des bäuerlichen Ertrages durch die Einrichtung des Getreideamtes. Man hat aber berechnen können, daß selbst, wenn man alle drei Faktoren berücksichtigt, die Preissteigerung höchstens zu etwa 18,2 Prozent berechtigt gewesen wäre. Tatsächlich sind aber die Preise für die wichtigsten Nahrungsmittel im Pariser Bezirk um mehr als 25 Prozent, die Engrospreise innerhalb des letzten Jahres sogar um 37 Prozent gestiegen. Daß eine derartige Preiserhöhung ungerechtfertigt ist und lediglich auf die rücksichtslose Preispolitik der Riesentrusts zurückzuführen sein muß, ergibt sich unter anderem daraus, daß zum Beispiel die Preise für einige importierte Waren, bei denen sich fast nur die Steigerung von 40 Prozent durch die Abwertung auswirken müßte, tatsächlich teilweise um 65 Prozent oder sogar 110 Prozent gestiegen sind. Dabei handelt es sich um Waren wie Kaffee oder Baumwolle, die am Weltmarkt gar nicht oder nur unwesentlich gestiegen sind.

Diese Preissteigerung soll nach den Absichten des Großkapitals in erster Linie dazu dienen, die Belebung des Exports illusorisch zu machen, auf die man bei der Abwertung mit Recht hoffen konnte. Tatsächlich sind auch in den letzten Monaten die Exporte zwar wertmäßig, nicht aber mengenmäßig gestiegen. Es beruht dies in erster Linie darauf, daß die ungerechtfertigte Preissteigerung die französischen Waren auf dem Weltmarkte von neuem konkurrenzunfähig zu machen droht. Gleichzeitig steigen aber die Importe nicht nur wert-, sondern auch mengenmäßig. Zum Teil entspricht dies der allgemeinen Tendenz der Weltwirtschaft nach den Jahren der Krise ihre Vorräte an Rohstoffen möglichst schnell wieder aufzufüllen. In Frankreich aber wird bei der Industrie besonders die Furcht vor einer neuen Abwertung fühlbar, einer Abwertung, die eben die Kreise zu organisieren suchten, die sich nun mit Rohstoffen eindecken. Diese Entwicklung führt zu einer Passivität der Handelsbilanz, die im Februar die recht bedrohliche Summe von 5,532 Milliarden Franken gegen 1,633 Milliarden im Vorjahre erreichte.

Aber alle diese Maßnahmen genügen dem Großkapital noch nicht. Dort, wo die Wirtschaftsbelebung unbestreitbar wurde, versuchten die Industriellen-Verbände durch Zirkulare ihre Mitglieder zu bewegen, eingehende Aufträge einfach nicht auszuführen; als Begründung sollten sie möglichst angeben, die unsichere politische Lage gestatte nicht die pünktliche Ausführung der Ordres. Gleichzeitig versuchte man mit allen Mitteln, die Pariser Weltausstellung oder doch wenigstens ihre pünktliche Eröffnung zu verhindern. Man lieferte Baumaterialien nicht rechtzeitig, man zögerte die Einstellung einer genügenden Anzahl von Arbeitern ständig hinaus. Wußte man doch, daß nicht zum erstenmal ein Erfolg der Weltausstellung in Frankreich eine Linksregierung stützen und eine Epoche sozialer Unruhen abschließen könnte.

Trotz solchem Widerstande ist der Aufschwung der französischen Wirtschaft in den 10 Monaten, in denen die Volksfrontregierung am Ruder ist, unbestreitbar. Die Arbeitslosenziffer liegt Anfang April mit etwa 386 000 registrierten Arbeitslosen um 76 000 unter dem Vorjahre; im März betrug die Verminderung der Arbeitslosenzahl gegenüber dem Vorjahre 16,5 Prozent. Die Kurzarbeit, die während der Krise in Frankreich ganz besonders verbreitet war, ist fast völlig verschwunden. Besonders in den Betrieben, in denen die Vierzigstundenwoche eingeführt ist, macht sich die Erhöhung der Beschäftigtenzahl fühlbar. Schon jetzt erklären die Unternehmer, der noch verbleibende Rest von Arbeitslosen sei wegen beruflicher Ungeeignetheit, Alters usw. nicht mehr in die Betriebe einzugliedern; tatsächlich hat auch in den letzten Wochen bereits eine stärkere Zuwanderung an ausländischen Arbeitskräften eingesetzt. Die Waggonsgestellung der Eisenbahnen, stets ein wichtiger Barometer für den Wirtschaftsaufschwung, liegt um mehr als 10 Prozent über dem Vorjahre; die Einnahmen aller großen Eisenbahngesellschaften steigen und ihre Defizite werden daher nicht mehr eine derartige Belastung des Staatshaushaltes darstellen, der für die privaten Eisenbahngesellschaften haften muß. Betraf zunächst die wirtschaftliche Belebung hauptsächlich die Rüstungsindustrie, so sind jetzt alle wichtigen Zweige der Wirtschaft von dem Konjunkturaufschwung erfaßt (mit Ausnahme des Baugewerbes), wenn auch nach wie vor die Belebung derjenigen Industrien im Vordergrund steht, die wesentlich von Staatsaufträgen gespeist werden. Wichtig ist auch, daß die Belebung nicht etwa nur Paris und die wichtigen industriellen Zentren erfaßt, sondern sich mehr und mehr dem ganzen Land mitteilt.

Wenn trotz dieser günstigen Entwicklung die Lage des Staatshaushaltes bis zur Erklärung Blums, es müsse eine »Pause« eintreten, recht ungünstig blieb, so lag dies in erster Linie an den ungeheuren Ausgaben, die das neue Rüstungsprogramm erfordert. Noch niemals seit dem Weltkriege hat eine französische Regierung wegen der gespannten außenpolitischen Lage so große Summen für Rüstungszwecke in das Budget einsetzen müssen. Hinzu traten die Angriffe auf den Franc und die sonstige Sabotage der Wirtschaftsbelebung, die die Unternehmerschaft nach Kräften zu betreiben suchte. Während der letzten Monate des Jahres 1936 hatte die Regierung im wesentlichen noch von dem durch die Abwertung erzielten Gewinn an Gold und Devisen zehren können. Sobald aber dieser Betrag aufgebraucht war, war die Regierung genötigt, bei der Bank von Frankreich stets neuen Kredit aufzunehmen. Im Sommer hatte die Regierung bekanntlich die Vollmacht erhalten, sich insgesamt 10 Milliarden Franken bei der Bank zu verschaffen. In den ersten zwei Monaten des Jahres hatte der Staat etwa 7,5 Milliarden Franken Kredit bei der Bank aufnehmen müssen. Rechnet man die verschiedenen lang- und kurzfristigen Schulden bei der Bank zusammen, so ergab sich schon für Januar eine Staatsschuld von insgesamt 32 Milliarden Franken, das heißt 30 Prozent der gesamten Aktivbilanz der Banque de France wurden durch Staatsschulden dargestellt. Diese bedrohliche Lage der Staatsfinanzen zwang die Regierung zur Abgabe der

bekannten Erklärung, ohne die man fürchten mußte, die für die Rüstungszwecke aufzulegende Anleihe würde, wenn überhaupt in genügender Höhe, so doch nur stockend gezeichnet werden. Der außerordentlich große Erfolg der Anleihe, deren Milliardenbeträge eigentlich in wenigen Stunden gezeichnet wurden, hat nun zunächst alle unmittelbaren Schwierigkeiten aus dem Wege geräumt.

Diese Entwicklung ist um so wichtiger, als es sich tatsächlich bei der geschilderten Lage der französischen Wirtschaft für die Regierung in erster Linie darum handeln muß, Zeit zu gewinnen. Gelingt es den reaktionären Kräften weiterhin nicht, die Regierung in allernächster Zeit aus dem Sattel zu heben, so muß die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung notwendig immer allgemeiner werden. Den starken Auftriebstendenzen gegenüber werden sich dann Sabotage und finanzielle Manöver immer weniger durchsetzen können. So ist zum Beispiel zu erwarten, daß jetzt, wo die »Hoffnungen« gewisser Kreise auf eine neue Abwertung endgültig begraben werden dürften und auch die leeren Lager mit Rohstoffen langsam aufgefüllt sind, die Importe nicht mehr in gleichem Maße wie bisher steigen; damit würde sich aber die Passivität der Handelsbilanz vermindern. Gelingt es gleichzeitig, eine weitere Steigerung der Preise zu verhindern, so könnte sich unter Umständen der Export besser entwickeln und auch von dieser Seite her eine günstigere Entwicklung des Außenhandels anbahnen.

Je mehr sich der Aufschwung allen Teilen der französischen Wirtschaft mitteilen wird, desto sicherer wird auch die innere Thesaurierung aufgelöst, die bisher »gehorteten« Beträge zu einem großen Teil dem Staatshaushalt zur Verfügung gestellt werden, während für den Beginn einer Konjunktur es nicht nur in Frankreich bezeichnend ist, daß das Kreditbedürfnis der privaten Wirtschaft die Zeichnung öffentlicher Anleihen benachteiligt. Schließlich werden auch die Steuereinnahmen wachsen. Zwar kann man zu Beginn des Jahres nicht abschätzen, wie der Eingang an direkten Steuern sein wird. Die Eingänge an direkten Steuern wachsen aber schon jetzt ständig. So war insbesondere das Ergebnis für Februar außerordentlich günstig; die Eingänge lagen nicht nur über dem Ergebnis des Vorjahres, sondern übertrafen auch wesentlich den Voranschlag. Besonders wirkten sich hier freilich die durch die Steigerung der Einfuhr erhebliche Zunahme der Zolleinnahmen aus. Aber auch die Umsatzsteuereingänge, die für die allgemeine Wirtschaftslage immer ein gutes Barometer darstellen, erfuhren gegenüber dem Vorjahre eine Steigerung von rund 18 Prozent. — Die Weltausstellung wird, auch wenn sie nicht zur Zeit fertiggestellt sein dürfte, den erwarteten Zustrom an Fremden und an Devisen sicher bringen, denn durch die günstigere Entwicklung der Weltwirtschaft wird ja der Fremdeverkehr ganz allgemein gehoben.

★

Die Arbeiterschaft hat im Verlaufe dieser Entwicklung das im Juni Erstrittene behaupten können. Die damals erkämpfte Steigerung der Löhne und Gehälter wird allerdings durch die geschilderte Erhöhung

der Lebenshaltungskosten immer wieder gefährdet. Mehrfach haben die Gewerkschaften für die Anpassung der Löhne an das erhöhte Preisniveau kämpfen müssen und haben dabei auch wegen der Stärke der Organisationen und wegen des wirtschaftlichen Aufschwungs gute Erfolge erzielt. Freilich bleibt fast immer doch die Steigerung der Löhne hinter derjenigen der Preise zurück. Außerdem frohlockt die Reaktion immer wieder, der Regierung gelänge es nicht, die soziale Befriedung zu erreichen. Schließlich macht sich in letzter Zeit als Folge dieser Entwicklung besonders in den Großstädten eine gewisse Kampf- und Organisationsmüdigkeit der Arbeiterschaft geltend. Hätte der reaktionäre Senat nicht nach der Abwertung entgegen dem Vorschlag der Regierung die Aufstellung von Indexlöhnen abgelehnt, so wären alle diese Schwierigkeiten vermieden worden.

Fast überraschend schnell hat die Regierung trotz dem verzweifelten Widerstand der Unternehmer die Vierzigstundenwoche in den wichtigsten Industrie- und Gewerbezweigen durchgesetzt. Besonders dadurch, daß die Vierzigstundenwoche in der Form der 5 mal 8 Stunden eingeführt wurde, während die Unternehmer die 40 Stunden auf 6 Tage zu verteilen suchten, ist eine Umwälzung des Arbeiterlebens eingetreten, die eine noch tiefergehende Wirkung haben dürfte als die Einführung des bezahlten Urlaubs im vorigen Sommer.

Die Durchsetzung der Vierzigstundenwoche war um so wichtiger, als man offenbar zunächst wegen der beengten Lage des Staatshaushaltes an die Verwirklichung eines großzügigen Arbeitsbeschaffungsprogramms nicht denken kann. Nach der Abwertung hatte man gehofft, es werde unschwer möglich sein, einen Betrag von 10 bis 15 Milliarden zur Verfügung zu stellen. Jetzt konnten aber schließlich für diese Arbeiten für das ganze Jahr 1937 nicht mehr als 800 Millionen Franken aufgewendet werden. Dieser Betrag dürfte zu gering sein, um auch nur alle diejenigen Arbeiter weiter zu beschäftigen, die mit Beendigung der Arbeiten an der Weltausstellung ihre Arbeit verlieren.

Ein wirtschaftliches Problem, das außerdem noch weiterhin der Lösung harrt, ist die notwendige Hilfe für den gewerblichen Mittelstand. Es ist hier früher dargestellt worden[3], daß gerade der Mittel- und Kleinbesitz durch die Entwicklung, die mit den Junistreiks eingeleitet wurde, gefährdet ist. Die schwierige Situation dieser in Frankreich so bedeutsamen Schicht hat sich infolge der Abwertung und der starken Preissteigerung noch verschärft. Auch hier hat das Trustkapital sich wiederum bemüht, von der Regierung beschlossene Kreditmaßnahmen nach Kräften zu sabotieren, was ihm infolge seiner Beherrschung des Kreditsystems möglich war. Der Mittelstand fordert immer wieder, man solle ihm nicht Schuldenmoratorien gewähren, wohl aber Aufträge und Kredit verschaffen, damit auch die Klein- und Mittelbetriebe an der Ausführung des umfangreichen Rüstungsprogramms teilhaben können.

Für die Besserung der Lage des Mittelstandes wird ebenso wie für die Erhaltung der starken Positionen der Arbeiterschaft entscheidend

---

[3] Vgl. »Rote Revue«, 15. Jahrgang, Nr. 12.

sein, ob es der Regierung gelingt, den Widerstand der scharfmacherischen Unternehmerschaft zu brechen, die sich immer wieder dem wirtschaftlichen Aufschwung entgegenzustellen versucht.

Der neue Hexenhammer

Bemerkungen zum Entwurf des neuen deutschen Strafgesetzbuches.

Von Commentator.

II.

Die Straftaten (Besonderer Teil des neuen Strafgesetzbuches).

Das Gesetz hat im Dritten Reich nicht mehr die überragende Bedeutung, die ihm sonst in einem Rechtsstaat zukommt, es ist nur noch geschriebener Ausdruck für »Wille und Plan des Führers« (Carl Schmitt, DJZ. 1935, 924 f.) oder nach Freisler die »präziseste und feierlichste Form des Führerbefehls«. Folglich ist dem »Besonderen Teil« des neuen Strafgesetzbuches, der die Strafnormen enthält, bei weitem nicht die Bedeutung beizumessen, die ihn im bisherigen Recht auszeichnete. Dieser Besondere Teil ist vielmehr eine endlose Sammlung aller nur denkbaren Straftatbestände, die »Grundgedanken«, die bei der Aufstellung dieses Beispielkatalogs wirksam waren, lassen sich durch Analogierechtsprechung beliebig verlängern. Der Hauptwert wird dabei durchaus nicht auf die Bekämpfung wirklichen asozialen Verbrechertums, sondern auf die Vernichtung des politischen Gegners gelegt. Die schwersten »Verbrechen« sind diejenigen, die sich gegen das System der Machthaber richten. Professor Nagler (Gürtner I, 87), der den Abschnitt über die Staatsverbrechen im Bericht der amtlichen Kommission bearbeitet hat, kennzeichnet die Absichten der Gesetzgeber: »Nicht Abbau, sondern Erweiterung der strafrechtlichen Schutzzone und Verschärfung der für die Vorbereitungshandlungen angedrohten Strafen ist das Gebot der Zeit.« Die zahllosen Todesdrohungen und Verschärfungen im geltenden Hitlerrecht sind demnach noch immer zu milde. Um das politische Delikt als besonders schimpflich und »ehrlos« erscheinen zu lassen, trennt man es von allen übrigen Straftaten. Wie in der Zeit des Absolutismus und der spätrömischen entarteten Prinzipats erscheint das politische Ueberzeugungsdelikt als »Treubruch«, als Treulosigkeit oder Infidelität, als crimen laesae majestatis gegenüber dem gottgewollten »Führer«. Die besondere »Ruchlosigkeit« wird in der Zusammenfassung als »Volksverrat« sichtbar, mit den Unterabteilungen Landesverrat, Hochverrat, Volksverrat, Führerverrat, Rasseverrat, Wirtschaftsverrat und einigen reservierten Feldern für noch zu entdeckende Verratssorten. Der »Verräter« kann nicht rehabilitiert werden; einer der größten Wüteriche des autoritären Strafrechts, der bekannte Göttinger Professor K. Siegert (DJZ. 1936, 479) verlangt, daß dem politischen Feind gegenüber der Richter nur noch ohne jede Ausnahme gezwungen sein soll, ihn »durch Aechtung,